

**Anzeigenpreise:**  
 Die achtspaltige Zeile 40  
 Inserate für auswärts 50  
 Arbeitsmarkt- und  
 Wohnungsanzeigen 20  
 Die 3spalt. Reklamezeile 150  
 Bei Wiederholungen Rabatt.  
 Inserate müssen zwei Tage vor  
 Erscheinen der Zeitung in unsern  
 Händen sein.

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint (1919)  
 mit Ausn. d. Sonnt. u. Feiertagen.  
**Bezugspreise:**  
 In Danzig durch unsere  
 Zweigstellen monatlich 2,00  
 vierteljährlich 6,00  
 Durch Postbezugsarten  
 Zustellgebühr monatlich 0,25  
 Einzelnummern 15  
 Postcheckkonto Danzig 284.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion:  
 Spandhaus 6 :: Telephon 720

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Expedition:  
 Spandhaus 6 :: Paradiesg. 32 :: Teleph. 3290

Nr. 266

Freitag, den 14. November 1919

10. Jahrgang

## Unser Programm.

### Das Programm der Danziger Sozialdemokratie.

Die Trennung Danzigs von der deutschen Republik machte es notwendig, daß sich die sozialdemokratische Partei im Freistaat Danzig selbständig machte. Auf zwei Parteitagen, die in den letzten Monaten stattfanden, ist die Gründung der neuen Landesorganisation geschaffen worden. Notwendig war es aber auch, daß wir uns ein neues Programm gaben. Das Erfurter Programm entspricht in manchem Teil nicht mehr unseren Zeitforderungen. Es bedarf daher mancher Ergänzungen. Auch kommen naturgemäß im Erfurter Programm nicht die Programmpunkte besonders zur Geltung, die für uns im Freistaat besondere Bedeutung haben. Allem diesen trägt das Programm Rechnung, das der Landesvorstand in unserer heutigen Nummer veröffentlicht. Es beweist, daß die sozialdemokratische Partei in Danzig die Partei geblieben ist, die für das ganze Volk die Befreiung aus wirtschaftlicher Not und aus politischen und kulturellen Fesseln erstrebt. Sozialismus und Demokratie sind die Leitsterne auch für unsere Arbeit im Freistaat.

Das beste Programm aber bleibt nur Schall und Rauch, wenn es nicht durchgeführt werden kann. Deshalb gilt es für unsere Genossen, alle Kräfte anzuspannen, damit sich bei den kommenden Kämpfen der Sieg an unsere Fahnen heftet.

Die Ratifizierung des Friedensvertrages, die eine Lösung Danzigs von der deutschen Republik zur Folge hat, stellt die Partei vor besondere Aufgaben. Die siegreiche deutsche Revolution hat die Bahn frei gemacht zum Aufstieg des gesamten werktätigen Volkes. Unter Anerkennung des grundsätzlichen Teiles des Erfurter Programms fordert die Sozialdemokratische Partei der freien Stadt Danzig:

#### Verfassung.

Die Grundlage der Verfassung der freien Stadt Danzig bildet die Demokratie.

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus, dessen Vertretung ein unmittelbar und direkt nach dem Verhältniswahlsystem von allen über 20 Jahre alten Männern und Frauen gewählter Volkstag ist. Gewählt wird auf 2 Jahre.

Ein Senat, dessen Mitglieder das Vertrauen des Volkstages besitzen müssen, übt mit diesem gemeinsam die Staatsgewalt aus.

Auf dem Wege der direkten Gesetzgebung durch das Volk (Volksentscheid, Volksbegehren) entscheiden die politischen mündigen Bürger selbst über ihre Geschicke.

Männer und Frauen haben grundsätzlich die gleichen Rechte. Beamte und Angestellte haben die gleichen Rechte und Pflichten wie alle anderen Staatsbürger.

Die Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit wird gewährleistet.

#### Rechtspflege.

Die Rechtspflege wird durch unabhängige nur dem Gesetz unterworfenen Gerichte ausgeübt. Die Gerichte sind in allen Instanzen mit Berufs- und Laienrichtern zu besetzen. Die Berufsrichter werden durch den Volkstag, die Laienrichter durch Gemeinde- oder Berufsvertretungen gewählt. In allen Strafsachen ist die Berufung zulässig. Die Todesstrafe ist abzuschaffen.

Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes für Minderbemittelte.

Der Anwaltszwang ist abzuschaffen. Zulassung der Rechtsanwältinnen bei sämtlichen Gerichten.

Allgemeiner Straferlaß bei Begründung der freien Stadt Danzig.

#### Öffentliche Sicherheit.

Bildung einer Volkswehr auf demokratischer Grundlage unter Kontrolle des Volkstages. Wahl der Führer durch die Truppe.

#### Kulturfragen.

Trennung von Kirche und Staat.

Die Gleichstellung und Meinungsfreiheit aller Staatsbürger bedingt völlige Freiheit der religiösen Betätigung. Unbedingte Duldsamkeit ist erster Grundsatz.

Die kirchlichen und sonstigen religiösen Gemeinschaften ordnen ihre Angelegenheiten selbständig. Keine von ihnen

genießt öffentlich-rechtliche oder privat-rechtliche Bevorzugung.

#### Errichtung der Einheitschule.

Der Besuch der öffentlichen Volksschule ist allgemeine Pflicht. Allen Schülern ist in gleicher Weise ohne Rücksicht auf Besitz, Religion oder Abstammung gemäß ihrer Eignung der Übergang zu höheren Lehranstalten und Hochschulen zu gewährleisten. Lehr- und Lernmittel sind unentgeltlich.

Die geistliche Schulaufsicht und der konfessionelle Unterricht als Lehrfach in öffentlichen Schulen werden aufgehoben.

Theater und Lichtspielunternehmungen sind in öffentlichen Besitz und öffentliche Verwaltung überzuführen.

Der öffentliche Kunstbesitz ist in erhöhtem Maße dem Verständnis und dem Genuß der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

#### Soziale Gesetzgebung.

Die wichtigste Vorbedingung für den Schutz von Leben und Gesundheit des werktätigen Volkes ist die Schaffung einer weitgehenden sozialen Fürsorge.

Die in Deutschland vorhandenen Einrichtungen wie Kranken-, Unfall-, Alters-, Invaliden und Angestelltenversicherung, Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge, Säuglings- und Jugendschutz sind auch in der freien Stadt Danzig einzurichten, auszubauen, zu vereinheitlichen und unter gemeinsame Verwaltung zu stellen.

Völlige Gleichstellung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen.

Errichtung eines einheitlichen öffentlichen Arbeitsnachweises.

Die öffentlich rechtliche Arbeitslosenfürsorge ist durch eine Arbeitslosenversicherung zu gewährleisten.

Weitgehende Fürsorge für Kriegsverletzte und Kriegshinterbliebene.

Der Höchstarbeitstag beträgt 8 Stunden.

Der Besuch der Pflicht-Fortbildungsschule ist in die Arbeitszeit zu verlegen.

Die ärztliche Hilfeleistung, die Geburtshilfe und die Heilmittel sind kostenlos zu gewähren. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.

Vereinheitlichung des Gesundheitswesens im Gebiete der freien Stadt, Übernahme der Heil- und Pflegeanstalten in den Staatsbetrieb.

Übernahme der Apotheken in den Gemeindebetrieb.

Die öffentliche Armenfürsorge ist zu vereinheitlichen und zu verstaatlichen. Der Bezug von Armenunterstützung hat keine privatrechtlichen und öffentlichen Nachteile zur Folge.

#### Arbeiterrecht.

Die gewerkschaftlichen Organisationen sind gesetzlich anzuerkennen.

Um die wirtschaftliche Demokratie zu ermöglichen und durchzuführen, sind nach dem Verhältniswahlsystem erwählte Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenräte zu bilden, die in einen Landesarbeiterrat zusammengefaßt werden.

Diesem Landesarbeiterrat sind sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe vor ihrer Einbringung vorzulegen. Er erhält weiter das Recht, solche Gesetzentwürfe selbst einzubringen und durch Beauftragte vertreten zu lassen.

Die Betriebsarbeiterräte erhalten das Recht, die Arbeitsbedingungen zu überwachen sowie mitzuwirken bei der Durchführung der Sozialversicherungsgefesse und bei Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern. Das Streikrecht ist unantastbar.

#### Sozialisierung.

Durch Kommunalisierung des Wohnungsbaues ist der Wohnungswucher zu verhindern.

Errichtung von Wohnungsämtern mit weitgehenden Vollmachten im Interesse der Mieter und der Volksgesundheit.

Die Vergesellschaftung der Produktion ist, soweit die Vorbedingungen erfüllt sind, in Angriff zu nehmen.

Die Wälder sind Staatseigentum. Bei Veränderungen des Eigentums an Grund und Boden hat der Staat ein Vorkaufsrecht.

Der Betrieb der Eisen- und Straßenbahnen sowie sonstiger dem öffentlichen Personenverkehr im Gebiet der freien Stadt Danzig dienenden Anstalten ist ausschließliches Recht des Staates.

Die diesem Verkehr dienenden privaten Unternehmungen sind alsbald in Staatseigentum überzuführen.

Die Ausbeutung der Bodenschätze und der Wasserkräfte im Gebiete der freien Stadt ist ausschließliches Recht des Staates.

Die einer solchen Ausbeutung dienenden privaten und kommunalen Unternehmungen sind alsbald in Staatseigentum überzuführen.

Die Produktion der Nahrungsmittel, der Genussmittel und Gebrauchsgegenstände sowie der Handel damit sind staatlich zu organisieren und zu überwachen.

#### Steuererleichterung.

Durch stufenweis steigende Einkommensteuer gemäß der Steuerkraft des Einzelnen, durch Schaffung einer durchgreifenden Besitz- und Vermögenssteuer, durch Erbschaftsteuer, steigend nach dem Umfange des Erbgutes und dem Grade der Verwandtschaft, durch schärfste Erfassung des unverbienten Wertzuwachses und der Kriegsgewinne, durch Verhinderung der Abwanderung des Kapitals in das Ausland, nötigenfalls im Wege der Beschlagnahme, sollen die Ausgaben des Staates, soweit sie durch Steuern aufzubringen sind, gedeckt werden.

Indirekte Steuern sind zu verwerfen. Zur Förderung der Volkskraft sind kinderreichen Familien in weitestem Maße Steuererleichterungen zu gewähren.

Sonstige Steuerprivilegien werden nicht gewährt.

#### Auswärtige Politik.

Die freie Stadt Danzig steht unter dem Schutze des Völkerbundes. Ihre Politik muß danach streben, durch Aufrichtigkeit nach außen, durch freihandliche Gestaltung der staatlichen Einrichtungen und Verschönerung der nationalen Gegensätze im Innern sich das Vertrauen der fremden Demokratien und des internationalen Proletariats zu erwerben. In diesem Vertrauen sowie in der Kraft unseres werktätigen Volkes ist unsere Stellung innerhalb der Völkergemeinschaft begründet.

In der Pflege des internationalen Gemeinschaftsgefühls und der inneren Einigkeit der Hand- und Kopfarbeiter erblicken wir die Bürgschaft für die endliche Überwindung der Klassengegensätze, die Verwirklichung des Sozialismus und damit die Erreichung einer höheren Kulturstufe.

#### Zur Hebung der Kohlennot.

Die Kohlennot hat eine Hauptursache in der bestehenden Transportmittelnäppigkeit. Die Eisenbahnen konnten bisher einen Teil der geförderten Kohlen nicht abfahren. Es wurden deshalb im Parlament und in der Presse immer mehr Stimmen laut, die Binnenverkehrsmittel im weitesten Maße zum Transport zu benutzen. Diesen Anregungen ist jetzt die Regierung nachgekommen. Der Reichsverkehrsminister hat eine Verordnung erlassen, wonach alle in deutschen Gewässern betriebenen Binnenfahrzeuge bis auf weiteres lediglich für den Transport von Lebensmitteln und Kohle benutzt werden dürfen. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung der Schiffsabteilung zulässig. Ferner sieht die Verordnung die Meldepflicht der Besitzer und Schiffer der Binnenfahrzeuge bei noch zu bestimmenden Beauftragten vor. Der Beauftragte kann eine Umleitung der Transporte verfügen. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Um das Genehmigungsverfahren jedoch so einfach wie möglich zu gestalten, erteilt die Schiffsabteilung durch öffentliche Mitteilung und Rundschreiben an die von ihr gebildeten Frachtausgänge und Patriotenverbände vorläufig die Genehmigung zur Benutzung der Fahrzeuge im allgemeinen.

#### Bau von Bergarbeiterwohnungen.

Um die Kohlennot in den Bergbaugebieten zu beseitigen und die Kohlenförderung zu heben, ist, wie der Reichsverkehrsminister schreibt, die beschleunigte Errichtung von etwa 15 000 Bergarbeiterheimstätten geplant. Die Steigerung der Produktion bei einer so starken Vermehrung der Bergarbeiterbelegschaft dürfte man auf 30 Millionen Tonnen Kohle veranschlagen. schlagen.

#### Wiederaufnahme des Zugverkehrs.

Berlin, 13. Nov. (W. T. B.) Aus dem Reichsverkehrsministerium wird gemeldet: Der 15. November ist der letzte Tag der Personenzugsperrung. Vom 16. ab werden auf sämtlichen dem öffentlichen Verkehr dienenden Haupt- und Nebenbahnen die im Interesse der Erhaltung des Wirtschaftslebens unbedingt notwendigen Personen- und Schnellzüge wieder gefahren werden. Sollte die Durchführung dieses Verkehrs zu Schwierigkeiten in der Kartoffel- und Kohlenversorgung führen, so muß mit einer Wiederholung der vollkommenen Personenverkehrsperre gerechnet werden.

# Preussische Landesversammlung.

Berlin, 13. November.

Präsident Seiner eröffnet die Sitzung um 12.15 Uhr. Die Berordnung über die Verlängerung der Amtsdauer der Handelskammernmitglieder wird angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über weitere Beihilfen zu den Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden sowie zur Verbilligung von Lebensmitteln.

Abg. West (U. S.): Wir werden dem Entwurf zustimmen.

Abg. Spielner (Str.): Notwendig ist eine Erhöhung der Familienunterstützung für die Kriegsgefangenen. Die preussische Regierung muß bei der Reichsregierung dahin wirken, daß sie erfolgt.

Abg. Brugas (Soz.) ist ebenfalls für eine erhöhte Beihilfe an die Familien der Kriegsgefangenen.

Finanzminister Dr. Südekum: Ich erkenne die Rolle der Gemeinden voll an. Wir mußten aber in erster Linie für die Gemeinden in den abzutretenden Gebieten sorgen. Zunächst hat das Reich uns einen zunächst vertraulichen Entwurf einer Landesabgabenordnung vorgelegt, der in die Finanzen der Gemeinden eingreift und gegen den ich ernste Vorstellungen erhoben habe.

Der Entwurf wird in zweiter und dritter Lesung sowie in der Gesamtabstimmung angenommen. Es folgt die Beratung des Antrags v. Kessel (Dmalt.) auf scheinumgekehrte Rettung der Haftstrafurteile.

Abg. v. Kessel (Dmalt.): Das frühzeitige Winterwetter hat schon unmeßbar großen Schaden angerichtet. Die Regierung muß die Arbeitszeit bei eintretendem Tauwetter zum Herausnehmen der Früchte vorübergehend erhöhen, genügende Eisenbahnwagen für den Transport bereitstellen, ferner Kohle zur Verfügung stellen, damit die erforderten Kartoffeln getrocknet werden können.

Abg. Schmidt-Röpenick (Soz.): Der Antrag ist aus agitativen Gründen gestellt worden, um gegen die Zwangswirtschaft Sturm zu laufen. Er stützt sich material auf starke Ueberhebungen.

Landwirtschaftsminister Braun: Der überwiegende Teil der Haftstrafurteile ist vor Eintritt des Frostes eingebracht worden. Das Ministerium war bemüht, durch Stellen von Arbeitskräften helfen einzusetzen. Wir werden weiter alle Kräfte anspannen, um zu retten, was zu retten ist.

Ein Vertreter des Eisenbahnministeriums bemerkt, daß zum Abtransport der Kartoffeln alles nur Mögliche geschehe.

Abg. Schönke (Str.) befürwortet eine Abänderung des Antrages Kessel, wonach die sofortige Verarbeitung solcher Kartoffeln, die durch Witterungseinflüsse zur menschlichen Ernährung vollkommen ungeeignet geworden sind, in Trockenfabriken und Dörrapparaten zur Schweinefütterung erfolgen soll.

Der Antrag Kessel wird, soweit er die vorübergehende Verlängerung der Arbeitszeit fordert, durch Ausschluß mit 106 gegen 85 Stimmen der sozialdemokratischen Parteien angenommen. Die Forderung auf genügende Stellung von Eisenbahnwagen findet einstimmige Annahme, ebenso der auf die Verarbeitung der angefallenen Kartoffeln bezügliche Teil des Antrages in der vom Abg. Schönke befürworteten Fassung. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Veranlagung und Verwaltung der preussischen Steuern. Nach der Vorlage geht die Veranlagung und Veranlagung der Einkommen- und Erbschaftsteuer auf die zu bildenden Finanz- und Landesfinanzämter über. Hierauf wird die zweite Haushaltsberatung beim Haushalt der preussischen Regierung fortgesetzt.

Abg. Schäfers (Str.) empfiehlt einen Antrag auf Erhöhung des Ehrenlohn der Kriegsveteranen von 12000.

Abg. Fiedler (Dmalt.) beantragt die förmliche Vorlage eines Gesetzesentwurfs, durch den die bei Grenzübergängen bestehenden Zölle von Zöllen und Steuern zu einer politischen Einheit zusammengefaßt werden sollen, und zwar in der Form eines Reglements über die Grenzverwaltung der Zölle.

Abg. Dr. Koch (Soz.) befürwortet die Gewährung von Lebensunterstützungen an Gemeinden zur Bekämpfung des Kommunismus und von Zuschüssen an Gemeinden zu öffentlichen Gebäuden.

Novum 13. Nov. Fortsetzung, vorher Fortsetzung.

## Die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen.

Berlin, 13. Nov. Die Reichsversammlung für Kriegswohlfahrt hat am 11. Nov. die im ersten Anzuge befindliche Heimkehr der Kriegsgefangenen beschlossen. Die Reichsversammlung hat am 11. Nov. die im ersten Anzuge befindliche Heimkehr der Kriegsgefangenen beschlossen. Die Reichsversammlung hat am 11. Nov. die im ersten Anzuge befindliche Heimkehr der Kriegsgefangenen beschlossen.

Die Reichsversammlung hat am 11. Nov. die im ersten Anzuge befindliche Heimkehr der Kriegsgefangenen beschlossen. Die Reichsversammlung hat am 11. Nov. die im ersten Anzuge befindliche Heimkehr der Kriegsgefangenen beschlossen. Die Reichsversammlung hat am 11. Nov. die im ersten Anzuge befindliche Heimkehr der Kriegsgefangenen beschlossen.

## Das erste Sozialisierungsgesetz in Preußen abgelehnt.

Die Reichsversammlung hat am 11. Nov. die im ersten Anzuge befindliche Heimkehr der Kriegsgefangenen beschlossen. Die Reichsversammlung hat am 11. Nov. die im ersten Anzuge befindliche Heimkehr der Kriegsgefangenen beschlossen. Die Reichsversammlung hat am 11. Nov. die im ersten Anzuge befindliche Heimkehr der Kriegsgefangenen beschlossen.

Kommission festlegen: Sie sollte nicht unter den tiefsten Stand des Kurles dieser Aktien in den Monaten Januar bis März heruntergehen und nicht über den höchsten Kursstand hinaus. Die Vorlage war juristisch ein kleines Meisterwerk und hielt die unzähligen Kapitalisten und blindwütigen und rücksichtslos kapitalistisch denkenden Abgeordneten aus allen Parteien stand. Sie wurde im Ausschuss mit einer knappen Mehrheit dadurch angenommen, daß die Arbeiter- und Angehörigen-Abgeordneten der Deutsch-demokratischen und der Zentrumspartei entgegen ihrer Fraktionsmehrheit für das Gesetz eintraten. Im Plenum verurteilten plötzlich die beiden Regierungsparteien Fraktionszwang. Die Zentrumsarbeitervertreter fielen um und stimmten stramm gegen das Gesetz, die demokratischen Arbeitervertreter hingegen zeigten etwas mehr Charakter und verließen in der Anzahl von etwa einem Dutzend den Sitzungssaal.

Der Unfall wurde den bürgerlichen Parteien dadurch ermöglicht, daß inzwischen die neue Reichsverfassung in Kraft getreten ist. deren Artikel 153 bestimmt, daß bei Enteignungen über die Höhe der Entschädigung die ordentlichen Gerichte entscheiden müssen, außer wenn ein Reichsgesetz es anders bestimmt. Damit war die Angelegenheit der alleinigen Zuständigkeit Preußens entzogen, und unsere Genossen beantragten daher, das Gesetz ohne eine Klausel über sein Inkrafttreten anzunehmen und es dann zur Bestätigung dem Reichsrat und der Nationalversammlung vorzulegen. Um diesen Antrag wurde die Hauptschlacht geführt. Bergschick drehten und deuteten Cassel und Brust, der vorgeschlagene Weg sei nicht verfassungsmäßig, man wolle die Ausnahme zur Regel machen und auf die gesetzgebenden Faktoren im Reiche einen unzulässigen Druck ausüben. Die Herren hatten das große Recht, daß der demokratische Unterstaatssekretär Dr. Freund, ein Mann des alten Regimes, aber ein glänzender Jurist und uner müdlicher Arbeiter, ihnen haarscharf nachwies, daß nur der sozialdemokratische Weg streng verfassungsmäßig sei, daß dagegen die Vorschläge der Demokraten rechtlich mindestens ebenso bedenklich wären wie wirtschaftlich. Rißt man nämlich den Rechtsweg ehrlich offen, so hat jeder von den mehreren tausend Aktionären dreißig Jahre lang ein selbständiges Klagerecht. Da dies selbst den Demokraten zuviel war, suchten sie Milderungen und Beschränkungen dieses Klagerichts und verlegten dabei ihrerseits den Artikel 153. Dessen Nichtbeachtung sie uns vorwarfen. Aber die besten Argumente prallten an dem Panzer kapitalistischer Besessenheit ab. Alle bürgerlichen Parteien stimmten geschlossen gegen die Vorlage und nur die ersten drei Paragrafen ließen sie aus Versehen annehmen. Die folgenden elf Paragrafen, leberschrift und Einleitung wurden abgelehnt, und auch der übriggebliebene klägliche Torso wird die dritte Lesung nicht überleben.

Material handelt es sich um folgende Streitfrage: die Charlottenburger Wasserwerke U.-G., die hier enteignet werden sollen, besitzen Schöpferechte bis zum Jahre 2000, die ihnen jederzeit Herr v. Roddeffski für ein Butterbrot zugesprochen hat. Jetzt wollen die Aktionäre diese Schöpferechte mit ihrem vollen Wert entschädigt haben, während alle vernünftig denkenden Menschen ihnen höchstens den Erwerbungspreis vorzählen wollen. Handelt es sich doch um ein Privileg auf Kosten der Allgemeinheit, das ihnen schon genug eingetragen hat und dessen weitere Ausbeutung einfach untragbar ist. Aber alle kapitalistischen Instinkte trübten sich wie einst im alten Dreiklassenparlament bei der „Hibernia“ dagegen, daß die Allgemeinheit nicht länger freiwillig ausgeraubt werden sollte, und so fiel die Vorlage.

Unsere Genossen werden nicht säumen, die Vorlage als ihren Antrag sofort beim Wiederzusammentritt der Nationalversammlung dort einzubringen. Das letzte Wort über das Gesetz ist noch nicht gesprochen.

## Das Wohnungswesen auf dem Lande.

In Berlin fand kürzlich eine Versammlung von Kleinrentkäufern statt, in der u. a. auch die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande erörtert wurden. Die Wohnungsverhältnisse seien, so hieß es, nicht so ungenügend, weil die Amtsbehörden sich zu wenig darum kümmern und die ländlichen Schulunterhaltungsbehörden selten freiwillig helfen. Das läßt uns schon vermuten, wie schwierig es erst mit den proletarischen Sanftwärmungen bestellt ist.

Einen genaueren Einblick in die jämmerliche Lage dieser Bevölkerung gewährt uns die Besichtigung über das Gesundheitswesen, die von der Medizinischen Fakultät der Universität herangezogen werden. Immer wieder ist da von den ländlichen Wohnungsverhältnissen die Rede. Besonders traurig liegen die ländlichen Wohnungsverhältnisse nach wie vor. So sind auf einer Hektare im Kreis Bielefeld, im Kreis 40 Familien genötigt gewesen, ihre Notdurft im Freien zu verrichten. Das zeigt uns, was man den Arbeitern anbieten gewohnt hat. Aber auch wenn Bauverordnungen und Wohnungsgesetze geschaffen wurden, so sind sie oft so kümmerlich, daß sie praktisch fast wertlos sind. So verlangt man vielfach als Richtmaß für einen Erwachsenen und vier Kinder nur ein Raum unter 14 Kubikfuß. Dabei hat man schon im Jahre 1900 für die Durchschnittsgröße 10 Kubikmeter als Minimum anerkannt, da dieser Satz auch von der Wissenschaft als Richtmaß festgesetzt wurde. Rubner, einer der bedeutendsten Fachgelehrten auf diesem Gebiete, hält dieses Minimum sogar noch für viel zu gering. Aber selbst dieser Richtmaß hat nach Rubner 40 Prozent der Bevölkerung noch nicht zur Verfügung. Und dabei spielt das Land eine große Rolle.

Es fehlt auch so oft noch an gesetzlichen Handhaben zur Durchsicherung des Notwendigen. So sind z. B. die Schlafstätten oft noch schlecht, doch geben sie zum politischen Einheitsbrei keinen direkten Anlaß.

Es ist wichtig, daß man deutschen Arbeitern solche unzulässige Umzustandnahme noch anbieten mag. Es ist die Aufgabe unserer Genossen auf dem Lande, im Sinne einer Befreiung dieser jämmerlichen Verhältnisse zu wirken.

## Kriegerische Kommunisten.

Die wegen sozialistischer Tendenzen aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossenen Hamburger erließen ein Manifest, das zum revolutionären Kampfe gegen die Bourgeoisie auffodert. Der Inhalt an die kriegerischen Tendenzen des Kommunismus geglaubt hat, der wird hier gründlich und anders beleuchtet, glühender und energischer, als hier von kommunistischer Seite der Kampf gegen die

Entente gepredigt wird, haben dies auch die extremsten Deutschen nicht getan.

Bekanntlich hatte schon Rabek auf dem Gründungspartheitag der Berliner Kommunisten die deutschen Proletarier aufgefordert, Schulter an Schulter mit den russischen Bolschewisten die Revolution gegen die Entente am Rhein zu verteidigen. In dem deutschen Proletariat, das eben erst aus der Greuel des Weltkrieges heraus war, bestand aber feinerlei Neigung zu neuen kriegerischen Abenteuern. Rabeks Aufforderung wurde von den meisten seiner Zuhörer gar nicht ernst genommen, obwohl sie so gemeint war.

Die Hamburger Kommunisten kommen aber wieder mit aller Energie auf den Rabek'schen Plan zurück. Noch schärfer, als es die Alldeutschen tun, werfen sie der Revolutionsregierung „Landesverrat“ vor, weil sie den Frieden von Versailles abgeschlossen hat. Lauffenberg, wohl der eigentliche geistige Vater des Manifestes, stellt fest, daß am 9. November jene Tendenzen siegen, die im wesentlichen das eine Ziel verfolgten: Frieden um jeden Preis. Damit sei die Niederlage Deutschlands, die auf den Schlachtfeldern nicht vollzogen war, vollendet gewesen; feige und erbärmlich habe die Regierung nicht den Versuch gemacht, die revolutionäre Volkskraft zum äußersten Widerstand gegen die Entente zu organisieren.

Die Tatsache, daß am 9. November die Forderung des Friedens um jeden Preis siegte, ist richtig. Nur zu Unrecht schiebt Lauffenberg jedoch die Schuld der Regierung zu. Tatsächlich wäre nach dem 9. November jede Regierung, die den Krieg fortgesetzt hätte, binnen 24 Stunden von den Volksmassen hinweggefegt worden, die ihrerseits durch den vierjährigen Krieg so zermürbt, ausgehungert und verelendet waren, daß sie außer dem Frieden kein ernsthaftes politisches Ziel kannten. Außerdem verpaid Lauffenberg, daß der Organisationsrat des revolutionären Verteidigungskrieges zunächst jubelnd begrüßt worden wäre, dann besonders von den Alldeutschen, und schon dadurch im In- und Ausland heillos bloßgestellt gewesen wäre. Nichtsdestoweniger nennt Lauffenberg die Bolschewisten, die nach Versailles führte, nackten Landesverrat. Er schreibt:

„Landesverrat war die Propaganda für Völkerbund und Wilsons Frieden. Landesverrat war die Herausgabe deutscher Werkzeuge und Industriemaschinen, Landesverrat, den Hunderttausende mit dem Leben bezahlten, war die Auslieferung landwirtschaftlicher Produktionsmittel usw. usw.“

Man glaubt nicht einen Kommunisten, sondern den Grafen Reventlow zu hören. Was will nun Lauffenberg tun? Er will den Frieden von Versailles im Feindes Rücken und im Bunde mit Sowjet-Rußland den neuen Weltkrieg gegen die Entente beginnen. Dazu fordert er die schärfste und rücksichtsloseste Diktatur. Jeden Widerstand gegen die Kriegsführung will Lauffenberg mit eherner Gewalt im Keime ersticken. Die Einberufungen zur Roten Armee sollen durch die Betriebs- und Ortsräte so vorgenommen werden, daß kein Dienstausschick sich vom Militärdienst drücken kann. Gleichzeitig will Lauffenberg den Widerstand der Bourgeoisie mit rücksichtsloser Gewalt brechen, indem er namentlich in die lediglich von Wohlhabenden bewohnten Stadtteile Masseneinquartierungen von Proletariern legt. Wenn die Bourgeoisie aber müde geworden ist, dann winkt ihr zum Lohn für ihre Unterwerfung der Lauffenberg-Kommunistische Vorfrieden.

Der Vorfrieden als revolutionäres Kampfmittel, die Einziehung des letzten Wehrfähigen zum Massenmord als revolutionäres Kampfmittel, Diktatur und Belagerungszustand als revolutionäres Kampfmittel, — warum sind wir eigentlich nicht gleich bei Wilhelm geblieben?! Da hatten wir doch das alles.

## Amerikanische Stimmen der Menschlichkeit.

Amsterdam, 13. Nov. Die Bureau „Radio“ meldet aus Annapolis, daß der vormalige amerikanische Botschafter in Berlin Gerard und D. Kahn in New York bei einem Essen des Rates der auswärtigen Angelegenheiten Reden hielten, in denen sie dafür eintraten, daß Amerika Deutschland bei seinem Wiederaufbau behilflich sei und baldigst die Handelsbeziehungen zu Deutschland wieder aufnehmen sollte.

## Der Kanal-Tunnel.

Amsterdam, 13. Nov. „Telegraaf“ meldet aus London: Lord George erklärte gestern einer Abordnung von Parlamentenmitgliedern, daß die politische Bedenken gegen den Bau eines Kanaltunnels beseitigt und daß alle Minister dafür seien. Das Kabinett hat das Kriegsamt aufgefordert, eine Denkschrift über die militärische Seite dieser Frage vorzulegen.

Die Verbindung Englands mit dem Festlande durch einen Tunnel ist ein alter Plan. Bisher hat sich aber stets England gegen den Tunnelbau gesträubt, da es befürchtete, dadurch die militärischen Vorteile seiner insularen Lage zu verlieren. Wenn England jetzt dem Bau zustimmt, so beschäfft, weil es sich völlig als Sieger fühlt.

## Französisches Streikverbot.

Frankfurt a. M., 13. Nov. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Saarbrücken erließ General Andlauer, der oberste militärische Verwalter des Saargebietes, eine Proklamation an die Bevölkerung, wonach das Recht auf Arbeitseinstellung aufgehoben wird. Für den Fall eines Streiks wird ein Sondergericht in Saarbrücken errichtet, das mit weitgehenden Strafbefugnissen gegen zumiderhandelnde Arbeiter ausgestattet ist.

## Madensens Heimkehr.

Berlin, 13. Nov. (W. T. S.) Nach einer der Wehrkraftkommissionen in Düsseldorf zugegangenen Benachrichtigung hat General Foch angeordnet, daß die Heimführung des Feldmarschalls v. Madensens sofort in die Wege geleitet werden soll. Der Leiter der alliierten Wehrkraftkommission, General Rudant, ist gebeten worden, darauf hinzuwirken, daß der Feldmarschall auf kürzestem Wege, d. h. evtl. über einen italienischen Hafen nach der Heimat zurückgeführt werden müßte. General Rudant hat versprochen, sich in diesem Sinne bei dem Marschall Foch einzusetzen.

## Gegen die Schieber!

Genosse Gustav Heller schreibt im „Vorwärts“: Die Gefahren und Auswüchse des Schieberhandels haben kürzlich wieder der preussischen Landesversammlung Anlaß zu Auseinandersetzungen gegeben. Die Regierung hat nun auf eine Anfrage geantwortet, sie wolle der Verschlebung von Brotgetreide und Lebensmitteln nach dem Auslande, die durch den Tiefstand der Wälua sehr begünstigt wird, durch eine Verstärkung des Grenzscheues und durch Erhöhung der Strafen entgegenzutreten. Das genügt nicht. Hier muß mit eiserner Faust zugegriffen werden. Die örtlichen Maßnahmen, die getroffen werden, mögen sie noch so gut gemeint sein, können nur eine geringe Wirkung erzielen, wenn nicht einheitlich für das ganze Reich ein erfolgreiches Kesselstreifen gegen diese Halunken am Volkswohl begonnen wird. Die Ressort-Zuständigkeiten müssen verschwinden. Eine Stelle ist zu errichten, die mit diktatorischer Gewalt ausgestattet sein muß, um diesen Schieberhandel zu fassen.

Aber es ist auch notwendig, die straffreie Erfassung der Produkte bei den Erzeugern zu organisieren; denn diese sind ebenföhlige Vaterlandsverräter, die lediglich, um Tausende von Mark zu verdienen, ihre Volksgenossen zugrunde gehen lassen wollen. Nicht etwa mit dem Polizeiknüppel soll eine vermehrte Ablieferung erzwungen werden, nein, eine Einrichtung muß geschaffen werden, wo Konsumenten und Produzenten eine Gestaltungskommission bilden, die dann auf dem Lande zu wirken hat. Die Kommunalverbände haben das Recht, besondere Vertreter in die Kommissionen zu entsenden. In den Bezirken, in denen sich die Landwirte besonders renitent zeigen, ist diese Kommission nur aus Verbrauchern zusammenzusetzen. Wenn sich Landwirte dem entgegensetzen, sind die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen. Das Publikum aber selbst kann dabei unterstützend mitwirken. Auf dem Lande müssen die Behörden, die Gendarmen mitwirken, diesen Schieberhandel zu fassen. Während des Krieges und auch jetzt noch zum Teil richtet man das Hauptaugenmerk auf die Vermehrung der Armen, die ein paar Pfund Kartoffeln hamstern. Bei den Großen ist anzufangen, dann hört diese kleine Hamsterei von selbst auf.

Auch die Eisenbahnkontrolle muß besser organisiert werden, so daß die Waggons mit Schiebergeschäften aufhören. Festes Zwareisen ist unbedingt geboten.

Geradezu himmelschreiende Zustände haben sich in Düsseldorf-Reisholz herausgebildet. Es ist ein besonderes Verdienst des Untersuchungsausschusses Eberfeld, daß er diese Zustände aufgedeckt hat. Aus den Ermittlungen, die dieser angestellt, geht hervor, daß in Kalt-Nord vor einiger Zeit eine Rangiermaschine, die die Rangierarbeiten in Reisholz machte, immer von dort kam. War aber Schieberware in Reisholz, dann kam eine Maschine von Düsseldorf, die das Geschäft erledigte. Jetzt kommt dauernd eine Maschine von Gerendorf, die in der Regel nach Feierabend diese Schieberware mitnimmt. Des weiteren geht aus den Ermittlungen hervor, daß ein Lademeister festgestellt hat, daß Waggon, die keine ordnungsmäßigen Papiere hatten, in das Gleis 23 geschleift wurden. Am nächsten Morgen, als diese Wagen ausgefahren werden sollten, waren sie einfach nicht mehr da.

Daß unter den Beamten Korruption herrscht, beweist folgendes: Ein Eisenbahnbeamter bestätigte, daß er für einen Wagen Reis, der durchgeschmuggelt wurde, 1000 Mark bekommen habe, die auf der Güterabfertigung verteilt wurden. Des weiteren liegt uns eine Quittung vor, in der gesagt wird:

Bescheinige, daß ich . . . für einen Waggon Del 500 M. erhalten habe.

5. 8. 1919.

Es ist unmöglich, alle Einzelfälle anzuführen, aber fragen müssen wir uns doch: Wie kommt es, daß diese Be-

amten noch Dienst versehen? Des weiteren wird uns erklärt, daß die gesamten Aktien, die der Untersuchungsausschuß Eberfeld der Eisenbahndirektion vor etwa 5 Wochen der Staatsanwaltschaft Eberfeld übergeben hat, heute nicht mehr aufzufinden sind. Das sind Zustände, die zum Himmel stinken!

Vor Monaten ist bereits in der Presse darauf hingewiesen worden, daß über das linksrheinische besetzte Gebiet ungeheure Mengen von Waren aus dem Auslande hereingeschoben wurden, die zum allergrößten Teil für unsere Volkswirtschaft unerwünscht sind. Darauf ist vom Reichswirtschaftsminister Schmidt eine Verfügung ergangen, wonach in allen Städten über 100 000 Einwohner und sonstigen wichtigen Wirtschaftsgebieten Wucherbezernate, insgesamt 58, an die örtlichen Polizeiverwaltungen anzugliedern sind. Um dem Mangel an Kriminalbeamten abzuhelfen, sollen in diesen Wucherbezernaten Vertreter der Arbeitererschaft eingestellt und als Hilfskriminalbeamte verpflichtet werden. Zugleich wurde die sogenannte Rheinkontrolle ins Leben gerufen mit der Aufgabe, das unbefetzte Gebiet von dem besetzten Gebiet in seiner ganzen Ausdehnung, von der Nordsee bis zum Bodensee, abzuschließen, die ohne Erlaubnis eingeführten Waren zu beschlagnahmen und den Reichswirtschaftsstellen zuzuführen. Die Beigeordneten des Landespolizeiamtes erhielten mit den Leitern des Landespolizeiamtes den Auftrag, die Organisation dieser Rheinkontrolle und der Wucherbezernate durchzuführen. Hierbei stießen sie auf große Widerstände, die zunächst darin bestanden, daß die zur Errichtung der Wucherbezernate erforderlichen Geldmittel nicht zur Verfügung standen. Desgleichen bedurfte es erst Verhandlungen mit dem Reichskommissar für die Ein- und Ausfuhr, um nur für einen kleinen Teil, der für die Durchführung der Rheinkontrolle erforderlichen Hilfskriminalbeamten, die Mittel zu erhalten. Die Tätigkeit der Ermittlungsstelle des Zentralrates sowohl als auch des Landespolizeiamtes wird ungeheuer erschwert durch die verschiedenen Zentralstellen selbst. Die notwendige Reform des Landespolizeiamtes wird von Woche zu Woche hinausgeschoben. Der Etat des Landespolizeiamtes bedurfte zu seiner Genehmigung nicht weniger als 6 Monate. Die Anzahl der Beamten entspricht keineswegs dem Bedarf. Die Bezahlung ist ungenügend, steht im schreienden Mißverhältnis zu der Kaufkraft des Geldes, zumal diese Beamten doch etwas gegen Bestechung gefeit sein sollten. Auch muß das Landespolizeiamt eine größere Selbständigkeit bekommen; denn es ist zu verzeichnen, daß das Reichswehrverwaltungsamt den Kriminalbeamten bei ihren Recherchen Auskünfte verweigert. Dem Leiter des Landespolizeiamtes, Staatsanwalt Dr. Falz, wurde von den leitenden Beamten des Reichswehrverwaltungsamtes die Befugnis bestritten, Ermittlungen dort anzustellen. Diefürhalb muß eine Zentrale geschaffen werden, die mit allen Rechten ausgestattet ist. Nur so kann man diesem Gesindel beikommen. Mit allen Bedarfsartikeln der breiten Masse des Volkes wird jetzt Wucher getrieben. Kartoffeln werden durch Aufkäufer zu dem Saahandelspreis in großen Mengen aufgekauft. Kohlen werden direkt von der Zeche durch Autos abgehoben. Vertrauensleuten, die danach fragen, wird von den Herren Direktoren erklärt, daß sie über den Verbleib nichts wissen.

Waren, die von Schiebern vor 3-6 Monaten nach Deutschland eingeführt, werden jetzt wieder nach dort zurück verschoben, da inzwischen die Wälua gekunken ist. Diese Zustände verlangen ein rückwärtsloses Vorgehen der Regierung. Beamte, die dabei mitwirken, sind wie dieses Gesindel als Verbrecher zu behandeln. Die Unterstützung der sozialdemokratischen Arbeitererschaft ist ihr dabei gewiß. Nochmals sofortiges rückwärtsloses Eingreifen!

Zu diesen Ausführungen bemerkt der „Vorwärts“ zutreffend: An eine gründliche Bekämpfung der Korruption wird

der wilden Einfuhr kann natürlich erst herangegangen werden, wenn Deutschland wieder sichere Grenzen hat. Solange der Schleichhandel von und nach den besetzten Gebieten mit stiller Duldung der Entente erfolgt, ist dagegen nicht wirksam anzukämpfen. Es ist jedoch zu hoffen, daß die Wiederherstellung der Grenzen nach der Ratifikation des Friedensvertrages nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Bis dahin aber kann durch energische Maßnahmen und durch einen zweckentsprechenden Ausbau des Kontrollapparates schon reiche Vorarbeit geleistet werden.

## Genossenschaftliches.

Für die Einheitslichkeit der Konsumgenossenschaftsbewegung. Jeder Verbraucher sollte sich die folgenden Sätze einprägen. Die Ueberbevölkerung des Kleinkaufmannsstandes darf die Allgemeinheit nicht länger schädigen. In unserem jetzt vollständig verarmten Deutschland wird der Warenverbrauch bedeutend kleiner sein, weil wir nicht viel kaufen können. Die Warenknappheit wird noch lange anhalten. Deshalb wird im freien Handel noch lange mit großen Preisaufschlägen gearbeitet werden können, wenn nicht eben die Konsumgenossenschaftliche Selbsthilfe der Warenverbraucher dem einen Riegel vorschleibt. Niemals war deshalb die Konsumgenossenschaftsbewegung notwendiger und berechtigter als jetzt. Noch nie konnte sie dem Verbraucher größere Vorteile bieten. Unser verarmtes, notleidendes Volk muß sich alle Hilfsmittel zunutze machen, die geeignet sind, die Lebenshaltung zu erleichtern. Tut es das nicht, dann muß es noch mehr leiden und entbehren als nötig ist. Unbedingt notwendige Maßnahmen in der Volkswirtschaft können nicht unterbleiben, weil vielleicht ein Teil der Angehörigen eines schon seit langem überbevölkerten Berufs sich neue Arbeitsmöglichkeiten suchen muß. Ubrigens braucht ja auch der Genossenschaftsbetrieb im Warenverkehr vorgebildete Arbeitskräfte. Der ehemalige Selbständige wird also oft nur Angestellter zu werden brauchen, ein Vorgang, der in der Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahrzehnte auf vielen Tätigkeitsgebieten zu beobachten gewesen ist, oft zum Vorteile der vordem Selbständigen.

Es empfiehlt sich nicht, einseitige Prementenkonsumentenvereine zu gründen; man soll allgemeine Verbrauchervereine gründen, denen jeder beitreten kann. Oft werden bestehende Konsumvereine, vielleicht solche der Arbeiter und solche der Beamten, sich zweckmäßig vereinigen. Einigkeit auf allen Gebieten macht stark und leistungsfähig. Die Zeit des Klassengeistes und der Vorurteile muß jetzt endgültig überwunden sein. Oberstes Gebot der Zeit ist das Allgemeinwohl geworden. Ihm müssen wir uns willig fügen, ihm müssen wir alle Einrichtungen anpassen.

Im Gegensatz zu dieser verständlichen Auffassung stehen immer noch vereinzelte Vertreibungen, die auf Sonderstellung der Beamten in der Konsumgenossenschaftsbewegung abzielen und schädliche Zersplitterung zur Folge haben müssen. So berichtet der Württembergischer Spar- und Konsumverein, daß sich die dortige Beamtenvereinigung mit dem Gedanken trägt, einen „Beamtenkonsumverein“ ins Leben zu rufen. Ebenso wird aus Vornö (Sachsen) die Absicht, einen Beamtenkonsumverein zu errichten, gemeldet. In beiden Stellen haben die organisierten Verbraucher öffentlich mit durchschlagenden Gründen gegen dieses unvernünftige Vorgehen Widerstand erhoben; öffentlich mit Erfolg!

## Bewerkshäftliches.

### Angestelltenstreik in Dresden

Die kaufmännischen Angestellten des Dresdener Großhandels, der Industrie, der Schiffahrt, Expedition, Lagererei usw., sind am Montag in den Lockstand getreten. Die bisher geführten Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Da die Streikenden versuchten, auch die Angestellten der Detailgeschäfte von der Arbeit abzuhalten, mußte die Polizei wiederholt eingreifen, um die Arbeitswilligen zu schützen. Eine Gefährdung der Lebensmittelversorgung Dresdens ist dadurch eingetreten. Doch die Geschäftler ihre Arbeit eingestellt haben.

## Das Fräulein von Scuder!

Erzählung aus dem Zeitalter Ludwigs XIV.

Von G. T. A. Hoffmann.

In der Straße St. Honoré war das kleine Haus gelegen, welches Magdeline von Scuder, bekannt durch ihre amüßlichen Verse, durch die Günst Ludwigs XIV. und der Maintenon, bewohnte.

Spät um Mitternacht — es mochte im Herbst des Jahres 1680 sein — wurde an dieses Haus hart und heftig angeknallt. Daß es im ganzen Haus widerhallte. — Baptiste, der in des Fräuleins kleinen Haushalt Koch, Bedienten und Türhüter zugleich vorstellte, war mit Entsetzen seiner Herrschaft über Land gegangen zur Schwägerin seiner Schwester, und so kam es, daß die Martinière, des Fräuleins Kommerzien alle in im Hause noch machte. Sie hörte die wiederholten Schläge, es fiel ihr ein, daß Baptiste fortgegangen und sie mit dem Fräulein ohne weiteren Schutz im Hause geblieben sei: aller Fremd von Einbruch, Diebstahl und Mord, wie er jemals in Paris verübt worden, kam ihr in den Sinn, es würde ihr gewiß, daß irgend ein Hausknecht, von der Einseitigkeit des Hauses unterrichtet, da draußen laus und eingekesselt, ein böses Verbrechen gegen die Herrschaft auszuführen wolle, und so blieb sie in ihrem Zimmer zitternd und ängstlich und den Baptiste vertrauensvoll samt seiner Schwester hochzeit. Unter dessen donnernden Schläge immerfort, und es war ihr, als rufe eine Stimme darzwischen: „So macht doch nur auf! . . . Christus wissen, so macht doch nur auf!“ Endlich in steigender Angst ergriff die Martinière schnell den Schlüssel mit der bewundernswürdig und rannte hinaus auf den Hof: da vernahm sie ganz deutlich die Stimme des Anbrechenden: „Um Christus willen, so macht doch nur auf!“ In der Tat, dachte die Martinière, so ist es doch wohl kein Räuber: wer weiß, ob nicht gar ein Verfolger aufsucht mich bei meiner Herrschaft die ja geneigt ist in jedes Wehlein. Aber laßt uns vorsichtig sein! — Sie öffnete ein Fenster und rief hinab, wer denn da unten in später Nacht so an der Haustür laus und alles aus dem Schlafe weck, indem sie über tiefen Stimme so viel Männliches zu geben sich bemühte als nur möglich. In dem Zimmer der Mordestrahlen, die eben durch die dunklen Wolken brachen, gerahnte sie eine lange, in einem hellgelben Mantel gewickelte Gestalt, die den breiten Hut tief in die Augen ge-

drückt hatte. Sie rief nun mit lauter Stimme, so daß es der unten vernahmen konnte: „Baptiste, Claude, Pierre, steht auf und seht einmal zu, welcher Lausgenichts uns das Haus einschlagen will!“ Da sprach es aber mit lauter, heisere klagender Stimme von unten herauf: „Ach! la Martinière, ich weiß ja, daß Ihr es seid, liebe Frau, so sehr Ihr Eure Stimme zu verstellen trachtet, ich weiß ja, daß Baptiste über Land gegangen ist und Ihr mit Eurer Herrschaft allein im Hause seid. Macht mir nur getrost auf, befürchtet nichts. Ich muß durchaus mit Eurer Fräulein sprechen, noch in dieser Minute.“ „Wo denkt Ihr hin,“ erwiderte die Martinière, „mein Fräulein weißt Ihr brechen mitten in der Nacht? Wist Ihr denn nicht, daß sie längst schläft und daß ich sie um keinen Preis wecken werde aus dem ersten süßesten Schlummer, dessen sie in ihren Jahren wohl bedarf!“ „Ich weiß,“ brach der Mannstehende, „ich weiß, daß Euer Fräulein jeden das Mannstehende ihrer Kommand, Estia geheißt, an dem sie rastlos arbeitet, beiseite gesetzt hat und jetzt noch einige Verse aufschreibt, die sie morgen bei der Marquise de Maintenon vorzulesen gedenkt. Ich beschwöre Euch, Frau Martinière, habt die Besonnenheit und öffnet mir die Türe. Wist, daß es darauf ankommt, einen Augenblickchen vom Verderben zu retten, wist, daß Euer Fräulein, ja das Leben eines Menschen abhängt von diesem Augenblick, in dem ich Euer Fräulein sprechen muß. Bedenkt, daß Euer Kommerzien Korn erig auf Euch stehen würde, wenn sie erführe, daß Ihr es waret, die den Unglücklichen, welcher kam, ihre Hilfe zu erschaffen, hartherzig von der Türe wieset.“ „Aber warum brecht Ihr denn meines Fräuleins Mitleid an in dieser ungewöhnlichen Stunde, kommt morgen zu guter Zeit wieder,“ so sprach die Martinière herab: da erwiderte der unten: „Rebet sich denn das Schicksal, wenn es verderbend wie der tödliche Blick einschlägt, an Zeit und Stunde! Der, wenn nur ein Augenblick Rettung; noch möglich ist, die Hilfe aufgeschoben werden! Desinet mir die Türe, macht doch nur nichts von einem Glenden, der schloß, verläßt von aller Welt, verfolgt, bedrängt von einem ungeheuren Geschick Euer Fräulein um Rettung anflehen will aus drohender Gefahr!“ Die Martinière vernahm, wie der Untenstehende bei diesen Worten vor tiefem Schmerz stöhnte und schluchzte: dabei war der Ton von seiner Stimme der eines Jünglings, sanft und eindringend tief in die Brust. Sie fühlte sich im Inneren bewegt: ohne sich weiter lange zu bestimmen, holte sie die Schlüssel herbei.

Sowie sie die Türe kaum geöffnet, drängte sich ungescham die im Mantel gewickelte Gestalt hinein und rief, der Martinière vorüber schreitend in den Hof mit wilder Stimme: „Führt mich zu Eurer Fräulein!“ Erschrecken hob die Martinière den Schlüssel in die Höhe, und der Korridorhüter fiel in ein todähnliches, furchtbar entsetztes Jünglingsantlitz. Vor Schrecken hätte die Martinière zu Boden sinken müssen, als nun der Mensch den Mantel auseinanderklappte und der blanke Griff eines Stilett aus dem Brusttasche hervorrang. Es blickte der Mensch sie an mit knurrenden Augen und rief noch wilder als zuvor: „Führt mich zu Eurer Fräulein, sage ich Euch!“ Nun sah die Martinière die Fräulein in der dringendsten Gefahr alle Liebe zu der neuen Herrschaft, in der sie zuletzt die treue Mutter ebrte, flammte stürzer auf im Armern und ersenete einen Mut, dessen sie wohl selbst sich nicht hätte geglaubt hätte. Sie warf die Türe ihres Gemachs, die sie eilen gelassen, schnell an trat vor dieselbe und sprach stark und fest: „In der Tat, Euer will's Betragen hier im Hause recht schlecht zu Eurer höchsten Worten da drucken, die, wie ich nun wohl merke, mein Mitleiden sehr zu unredlicher Zeit erweckt haben. Mein Fräulein soll und werden Ihr jetzt nicht sprechen, habt Ihr nichts Böses im Sinne, so redet mir jetzt nicht schmeien, so kommt morgen wieder und bringt Eure Sache an! — jetzt schert Euch aus dem Hause!“ Der Mensch stieß einen dumpfen Seufzer aus, blickte die Martinière hart an mit entschlossenem Blick und griff nach dem Stilett. Die Martinière befehl im Willen ihre Seele dem Herrn, doch blieb sie handfest und sah dem Menschen fest ins Auge, indem sie sich fester an die Türe des Gemachs drückte, durch welches der Mensch gehen müßte, nur zu dem Fräulein zu gelangen. „Führt mich zu Eurer Fräulein, sage ich Euch!“ rief der Mensch nochmals. „Tut, was Ihr wolt,“ erwiderte die Martinière, „ich werde nicht von diesem Tag vollendet nur die böse Tat, die Ihr begehen, auch Ihr werden den schwachen Tod finden auf dem Gewerks wie Euer verurteilten Schwiegervater.“ „Ha,“ schrie der Mensch auf, „Ihr habt recht, la Martinière! ich sehe aus, ich bin bewaffnet wie ein verurteilter Räuber und Mörder, aber meine Schwiegervater sind nicht gerichtet, sind nicht gerichtet!“ — Und damit zog er giftige Pfeile schießend auf die zum Tode geknietete Frau, das Stilett heraus, „Führt!“ rief sie, den Todesstoß erwartend, aber in dem Augenblick lag sie auf der Straße aus Gestalt von dem Hof, der Luft trieb vor Pferden hören.

(Fortsetzung folgt.)



# Kommende Kämpfe.

## b) Christliche Volkspartei — Zentrum.

Während bei der konservativen Partei auf den ersten Blick zu erkennen ist, daß sie die Interessen des abligen Großgrundbesitzes vertritt, liegt bei der Zentrumspartei, der heutigen christlichen Volkspartei, die Sache wesentlich anders. In dieser Organisation sind neben Industrie- und Landarbeitern, Großindustriellen, Beamten, Grafen, Prinzen, Bauern und Handwerksmeister vereinigt. Schon diese Zusammensetzung zeigt uns, daß bei der Parteibildung neben den wirtschaftlichen Beweggründen noch andere starke Kräfte am Werke waren. Es ist dies die Religion oder präziser ausgedrückt, der Machtwille der katholischen Kirche. Wohl wird von der Zentrumspartei diese Tatsache geleugnet. Wohl nennt sie sich mit Rücksicht auf ihre Arbeiterwähler eine soziale Partei, die Entstehungsgeschichte der Partei ändert an der Tatsache nicht.

Die Geburtsstunde der Zentrumspartei fällt in die Zeit der Reichsgründung. Schon im Jahre 1852 traten im Preussischen Abgeordnetenhaus 63 Abgeordnete zu einer „katholischen Fraktion“ zusammen, um Anschläge des Kultusministers v. Raumer gegen die „Freiheit der Kirche“, die in Preußen weit größere Rechte besaß als in irgend einem anderen Staate, erfolgreich abzuwehren. Weitere Maßnahmen der preussischen Regierung gegen den Katholizismus, wie Aufhebung der Franziskanerkloster in Posen und Westpreußen im Jahre 1867, das Reichsgesetz vom Dezember 1871, das den Mißbrauch der Kanzel zu politischen Zwecken verbot und unter Strafe stellte, das Jesuitengesetz vom Juli 1872, das die Niederlassung des Jesuitenordens in Deutschland unterjagte, führten dazu, daß sich im Reichstag die katholischen Abgeordneten zu einer Fraktion zusammenschlossen. Bezeichnend ist es, daß das Gesetz gegen den Mißbrauch der Kanzel vom katholischen Bayern ausging. Wohl ein Beweis dafür, daß schon damals das Wort in Zentrumskreisen galt: „Der Zweck heiligt die Mittel!“

Die Politik der Zentrumspartei ist im Verlaufe der Zeit recht wandelbar gewesen. Der Erlaß des Jesuitengesetzes hatte eine scharfe Verfolgung dieses Ordens zur Folge. Weitere Maßnahmen, wie Einführung der Zivildienst, Uebernahme des Schulunterrichts durch den Staat, Erleichterung des Austritts aus der Kirche, drängten die Partei in die Opposition.

Im Zeichen dieser Opposition stimmten sie im Jahre 1887 gegen die Militärvorlage und im Jahre 1889 gegen das Flottenprogramm. Die Zeit der Opposition war aber nur eine vorübergehende.

Durch den von Bismarck mit allen Mitteln geführten Kulturkampf gegen den Katholizismus stieg das Zentrum im Jahre 1881 bis auf 100 Reichstagsmandate. Als es entscheidender Faktor bei der Reichs- und Landesgesetzgebung geworden, mußte Bismarck alles daran setzen, um das Zentrum in die Politik einzubeziehen. So sehen wir es schon im Jahre 1879 mit den Konservativen den Zolltarif bewilligen.

Waren in der Zentrumstraktion auch ultrakonservative Elemente in starker Zahl vorhanden, so erfolgte die Zustimmung zum Zolltarif nicht aus diesem Grunde allein. Der Lohn für diesen Liebesdienst, der der Regierung sowohl wie auch dem Großgrundbesitz zugute kam, wurde im Preussischen Abgeordnetenhaus gezahlt. Bereits 1880 wurde der Regierung die Vollmacht erteilt, einzelne Polizeigesetze gegen die Kirche nicht anzuwenden und bis zum Jahre 1887 erfolgte der Abbau der Kulturkampfgesetze. Jeder Schritt, den diese Partei im Dienste der Regierung tat, mußte mit Konzessionen auf kirchlichem Gebiete bezahlt werden.

Nach den Wahlen von 1890 auf der Höhe ihrer Macht angelangt, versuchte sie nunmehr, ihren ganzen Einfluß in Kulturfragen auszuüben. Ein Schulgesetz, ganz nach dem Herzen des Zentrums ausgearbeitet, sollte dem preussischen Landtage im Jahre 1892 vorgelegt werden. An dem Widerstand der Liberalen und der Arbeiter scheiterte es, und schon sehen wir die ehemalige Regierungspartei sich in Opposition gebären, als es ein Jahr später die Militärvorlage ablehnte, die eine Mehrausgabe von 66 Millionen Mark für fünf Jahre gebracht hätte.

Ist die Zentrumspartei seit ihrem Bestehen in politischen Fragen recht wandelbar gewesen, so hat sie sich in wirtschaftlichen Dingen trotz ihrer Wählerzahl aus Arbeiterkreisen recht unüberlässig erwiesen. Der Zolltarif von 1902, dem die Sozialdemokratie mit allen Mitteln Widerstand entgegensetzte, wurde durch das Zentrum in Verbindung mit allen anderen agrarischen Parteien geschlossen. Die Reichsfinanzreform, die den Großgrundbesitzern unverdienten Wertzuwachs in den Schoß warf, war das Werk der konservativen Parteien und des Zentrums. Es wurde geschaffen auf Kosten der im Jahre 1908 angekündigten Wahlrechtsreform die 1909 bereitete wurde.

Die Stellung des Zentrums zur preussischen Wahlreform ist allgemein bekannt. Nur in dieser, sich sozial nennenden Partei konnte es passieren, daß ein Zentrumsgraf bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage 1918 im preussischen Landtage Vortrag beantragte. Wie es bei den großen Häuptern in den Parlamenten ist, so ist es auch bei den Kleinen in der Stadt. Noch 1917 konnte das Mitglied der Zentrumspartei, Herr Stadtverordneter Gailowski bei der Beratung eines sozialdemokratischen Wahlrechtsantrages in der Danziger Stadtverordnetenversammlung erklären: „Man kann doch Kindern und Frauen das Wahlrecht nicht geben! — Zwanzig Jahre alte Menschen sind in den Augen der Zentrumler Kinder. Frauen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung geben? kein Gedanke. „Und er soll dein Herr sein“, heißt ein Bibelwort. Das war der Grundsatz bei der Beratung so bedeutungsvoller Wahlrechtsvorlagen.“

Die Zentrumspartei ist eine soziale Partei. Sie will und muß bis zu einem gewissen Grade den Zeitverhältnissen Rechnung tragen, weil sonst die ihr heute leider noch nachlaufenden Arbeitermassen verloren gingen. Trotzdem stimmte das Zentrum am 24. Mai 1889 mit Ausnahme von 19 Stimmen gegen die Alters- und Invalidenversicherung mit der Begründung, das Gesetz wolle die Pflichtversicherung auch auf die Landwirtschaft, das Handwerk und das Gewerbe ausdehnen, wozu ein Reichszuschuß von jährlich 50 Mark zu jeder Rente vorgezogen war.

Als das Gesetz gegen den Willen des Zentrums zustande gekommen war, beantragte es am 28. April 1890 die Beseitigung des Reichszuschusses, die Aufhebung des Versicherungszwanges für die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerks, der Kleingewerblichen Betriebe und des Gewerbes. Selbst 1890 wendete es sich noch gegen die Witwen- und Waisenversicherung, weil es keine Reichsmittel für die Zwecke der Hinterbliebenenversicherung verwenden wollte. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung 1910/11 stimmte es gegen das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankenklassen.

Das sind die Leistungen der Zentrumspartei auf sozialpolitischem Gebiete in der Vergangenheit. Die Zentrumspartei, die sich um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts zu bilden begann, um die drohende Freiheit der Kirche zu retten, mag bis bis zum Tage der Revolution eine gewisse Berechtigung gehabt haben da der alte autokratische Staat uneingeschränkte Religions- und Glaubensfreiheit nicht gewährt hatte. Die Revolution hat mit diesen Beschränkungen gründlich aufgeräumt. Jeder Staatsbürger hat jetzt das Recht, ungehindert für seine Ideen zu werben zu können, solange sich diese Bekämpfung im Rahmen der bestehenden Gesetze bewegt. Die Kulturkämpfe, die Jesuitenverfolgungen, die Deutschland Jahrzehnte hindurch durchlebte, bestehen nicht mehr. Diese Verfolgungen waren das stärkste Band, das die Zentrumspartei zusammenhielt. Jede in ihr vertretene Gesellschaftsklasse hat aber noch eine andere politische Vertretung, die ihrer tatsächlichen Auffassung vom Staat entspricht. Aus diesem Grunde heraus müssen wir die Existenzberechtigung dieser Partei ablehnen.

Der Katholizismus, als dessen politische Vertretung das Zentrum gilt, stand im Mittelalter auf der Höhe seiner Macht, als er zum Teil unumschränkter Herrscher auch über die weltlichen Fürsten war. Aus diesem Grunde allein steht er die Befestigung seiner Stellung nicht etwa in fortschreitender kultureller und politischer Beziehung, sondern in dem Festhalten an längstüberholtem, in deshaßt konservativ. Daher seine ganze Kraftanstrengung, auch für die fernere Zeit seinen Einfluß auf dem Gebiete in erster Linie zur Geltung zu bringen, wo Bildung und Wissen übermittelbar wird, der Schule.

Die aufwärtsstrebende, nach Wissen und Bildung hungernde Arbeiterklasse hat so oft am eigenen Leibe erfahren müssen, wie ohnmächtig sie ist, wenn sie, mangelhaft geschult, den Kampf gegen die sich ihr entgegenstellenden Gewalten führen muß.

Die wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Aufgaben im Reichstag Danzig werden eine Kleinigkeit von jeder einzelnen Partei fordern. Bessere Unterstellung unter die Forderungen der Allgemeinheit wird erste Voraussetzung sein. Eine nach engen kirchenpolitischen Gesichtspunkten orientierte Partei, bei der alles andere Beiwert ist, wird diese Aufgaben nicht lösen können, da sie sich vielfach, dank ihrer Zusammensetzung, im inneren Widerspruch befinden wird.

Deshalb wird auch bei den Kämpfen um die politische Macht im Reichstag Danzig diejenige Partei, die bewusst auf die Eintrügung des Staates, die der Hebung des Proletariats dienen, nicht im modernen Geiste entwickeln kann, ausscheiden müssen, um einer modernen, von sozialistischem Geist getragenen, Weg zu machen.

# Lokales.

## Wichtige Vertrauensmänneritzung der Sozialdemokratischen Partei heute abend 6 Uhr in der Aula des Gymnasiums, Winterplatz.

Zu dem Diebstahl von ledernen Sesselbezügen im Rathaus, über den wir berichteten, teilt uns Herr Leutnant Simon, der Leiter der Danziger Sicherheitswehr, mit, daß die betreffenden Wachmannschaften nicht von der Sicherheitswehr gestellt worden waren, sondern daß Soldaten der Reichswehr die Spitzbühne verübt haben. Hoffentlich wird man uns recht bald von diesen Plagegeistern erlösen.

Für unsere Sammlung zu Gunsten der Frau H., die durch die Verurteilung wegen Verstoß gegen den § 218 des Strafgesetzbuches schwer in Not geraten ist, zeichnete Herr Jakobson, Inhaber der bekannten Papetergroßhandlung, 20 Mark, wofür wir dankend quittieren.

Abgabe von Lebensmitteln. Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die am Sonnabend und im Laufe der nächsten Woche zur Ausgabe kommen. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Frostbeschädigte Kartoffeln im Haushalt. Durch den plötzlich eingetretenen Frost der letzten Tage sind leider auch auf Danzig rollende Kartoffeln zum Teil beschädigt worden. Die bestehende Knappheit in unserer Kartoffelversorgung, die auch für die Zukunft nur mit geringer, unzureichenden Zufuhren rechnen läßt, macht es erwünscht, daß auch die frostbeschädigten Kartoffeln, soweit es irgend geht, im Haushalt verwertet werden. Die Kartoffeln sind nur vor dem Verderben zu retten, wenn sie unverzüglich in die Haushalte kommen und dort verbraucht werden. Die Verwendung ist sehr wohl möglich, wenn die Kartoffeln vor dem Kochen 24 Stunden in kaltes Wasser gelegt werden. Sie verlieren dadurch den süßlichen Geschmack.

Da wir bei anhaltender Frostwitterung kaum andere Kartoffeln herankommen werden, ist es zu empfehlen, daß die Bevölkerung durch Einkauf die Händler in die Lage versetzt, die Kartoffeln abzusetzen. Nur dadurch können größere Mengen vor dem Verderben gerettet werden und unserer ohnehin knappen Volksernährung erhalten bleiben.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß frostbeschädigte Kartoffeln markenfrei und zu ermäßigten Preisen von den Händlern abzugeben werden. Marken zurücklassender Wochen werden daher nicht mehr beliebert, sondern immer nur die Marken der jeweils laufenden Woche, da durch markenfremden Verkauf Gelegenheit gegeben ist, sich für verfaßene Marken anzuwenden einzumischen.

Polizeibericht und Standesamtsbericht waren bis zum Schluß der Redaktion noch nicht eingetroffen.

## Wasserstandsnotizen am 14. November 1919.

gestern		heute		oben heute	
Thorn	+ 1,08	+ 1,24	Dieckel	+ 0,8	+ 0,88
Ferdin	+ 2,81	+ 1,09	Dirschau	+ 1,23	+ 1,01
Eulm	+ 0,90	+ 1,06	Einlage	+ 2,06	+ 2,00
Graudenz	+ 1,02	+ 0,96	Schwenhauz	+ 2,16	+ 2,16
Krausbach	+ 1,37	+ 1,18	Mollsdorf	+ 0,30	+ 0,33
Montauersee	+ 0,99	+ 0,79	Unwachs	+ 0,85	—

Wischel: Von der Landesgrenze bis zur Mündung des Eisbaches in 2/3 Strombreite. Das Eis treibt in nordwestlicher Richtung gut in See ab. Rogatwasserstraße Eisdecke mit Blänken.

## Aus den Ostprovinzen.

Zoppot. Gasmeister Döring, der bekanntlich mit dem Gasdirektor Günther verhaftet wurde, ist auf Antrag seiner Verteidigers hin aus der Untersuchungshaft in Danzig entlassen worden und befindet sich seit dem 11. November wieder auf freiem Fuße in Zoppot.

Graudenz. Die Gasanstalt in Graudenz hat infolge Kohlenmangels ihren Betrieb vollständig eingestellt.

Verantwortlich für Redaktion: Ernst Voops; für Inserate: Bruno Gwert; Verlag und Druck: J. Gehl & Co. Danzig.

## Äußerliche Bekanntmachungen.

### Abgabe von Lebensmitteln.

Am 5. November, den 15. November und im Laufe der nächsten Woche kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe:

1. Am Sonnabend, den 15. November:

- a) 125 Gramm frisches Fleisch und Wurst (Kinderarten die Hälfte) auf Reichstagskarte Abschnitt C bei sämtlichen Fleischern der Stadt und der dazu gehörigen Vororte.
- b) außerdem 125 Gramm amerik. Schweinefleisch zum Preise von 4,15 Mk. für das Pfund auf die Marke Y der 5. Einfuhrkarte bei sämtlichen Fleischern der Stadt und der dazu gehörigen Vororte.

2. Von Sonnabend, den 15. November:

Bis auf weiteres berechnen neben den Marken 25 und 19 A der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder auch die Marken 32 und 26 A der Lebensmittelkarten zum Bezuge von je 1/4 Pfund Halbfettkäse zum Preise von 2,70 Mk. für das Pfund oder 1/2 Pfund Butterkäse oder 1/2 Pfund Harzerkäse oder 1/2 Pfund Speisequark, je nach Vorrat in den Geschäften.

Die Marken 20 und 14 A der Lebensmittelkarten verlieren am Dienstag, den 18. November, ihre Gültigkeit.

Die Geschäfte, die Käse zum Verkauf stellen können, haben dies durch Aushang bekanntzugeben. Die vereinnahmten Marken haben die Geschäfte unverzüglich nach Belieferung (die rückständigen sofort) der Volkereiabteilung einzureichen.

3. Von Montag, den 17. November:

- a) auf die Kartoffelkarte: Marke 7 4 Pfund und Marke 8 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.

b) auf die Erbsenkartoffelkarte: Marke 5 4 Pfund und Marke 3 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.

Die für die Vorwoche aufgerufenen Kartoffelmarken berechnen auch noch in der neuen Woche zum Einkauf.

4. Von Dienstag, den 18. November:

- I. auf die Speisefettkarte: Marke 7 125 Gramm Margarine zum Preise von 5 Mark für das Pfund.
- Die Butterhändler erhalten die Bezugscheine für Margarine am Montag, den 17. November, in der Zeit von 9 bis 12 1/2 Uhr, in der Volkereiabteilung, Töpferstraße 33.
- II. Auf die Lebensmittelkarte: 250 Gramm Weizenries zum Preise von 0,92 Mk. für das Pfund; Kinderkarte Marke 2 in Danzig und Marke A in den Nachbar-gemeinden.

5. Von Donnerstag, den 20. November: auf die Danziger Lebensmittelkarte:

- a) 250 Gramm Erbsen zum Preise von 2,20 Mk. für das Pfund; Marke 33 und 27 A in Danzig.
- b) 100 Gramm Heereswieback zum Preise von 1,50 Mk. für das Pfund; Marke 34 der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene.

6. Von Freitag, den 21. November: auf die Speisefettkarte: 62,5 Gramm Butter auf die Marke 8.

Die Butterhändler erhalten die Bezugscheine für Butter am Donnerstag, den 20. November, in der Zeit von 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr, in der Volkereiabteilung. Die Kolonialwarenhändler erhalten die Erbsen und den Heereswieback in der Einkaufsgenossenschaft, Milchkannestraße 11.

Die vereinnahmten Marken sind den zuständigen Verteilungsstellen unverzüglich einzureichen. Danzig, den 14. November 1919. (6795)

Der Magistrat. Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

## Markenfremde Abgabe frostbeschädigter Kartoffeln.

Frostbeschädigte Kartoffeln sind von den Händlern markenfremd abzugeben. Da hierdurch für jedermann die Möglichkeit besteht, sich für den laufenden Bedarf ausreichend mit Kartoffeln zu versehen, werden Marken zurücklassender Wochen nicht weiter beliebert, sondern immer nur die Marken der laufenden Woche.

Danzig, den 14. November 1919. (6793) Der Magistrat. Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 6. November 1919 geben wir bekannt, daß die beiden braunen hornlosen Ziegenböcke „Erlkönig 24“ und „Edwin 25“ jetzt bei Herrn Braunsdorf-Weilerplatte, Birkenallee 11 und nicht bei Herrn Riß-Schidlich, Weinbergstraße 11, stationiert sind. Danzig, den 13. November 1919. (6794) Der Magistrat. Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

Am Sonntag, den 16. November wird der Personverkehr wieder aufgenommen. Wegen der ungenügenden Betriebslage der anzuwendenden Kohlenversorgung und der Kartoffelknappheit sind wir gezwungen, gegenüber dem Fahrplan vor dem 5. November d. J. noch weitere Einschränkungen vorzunehmen. Der Nähere ist aus den auf den Bahnhöfen und an den Poststellen angebrachten Bekanntmachungen ersichtlich.

Falls die Nachzüge wieder Schläfwagen führen sollten, werden zur Doppelbelegung der Abteile nur noch Bettplätze zweiter Klasse abgegeben werden. Danzig, den 11. November 1919. (6788) Eisenbahndirektion.

## Ehemalige Kriegsgefangene!

In der Fürsorge-Abteilung des Reichswehr-Ministeriums (Kriegs-Ministeriums) für zurückgekehrte Kriegsgefangene geht täglich eine große Menge von Anfragen und Gesuchen ein. Die meisten dieser Schreiben sind für das Reichswehr-Ministerium garnicht zuständig oder können ohne weiteres nicht bearbeitet werden, da erforderliche Unterlagen, Personalangaben oder dergleichen fehlen. Die unmittelbar an das Reichswehr-Ministerium (Kriegs-Ministerium) gerichteten Schreiben haben also nur eine Verzögerung in ihrer Erledigung zur Folge.

Um schneller werden können die Besuche durch die Verwaltungsstelle (Bezirkskommando) erledigt, bei der eine besondere Abteilung für die Bearbeitung von Kriegsgefangenenangelegenheiten eingerichtet ist. Es liegt im Interesse der Heimkehrenden, ihre Beluche, die verschiedene Ansprüche betreffen, getrennt von einander in besonderen Eingaben einzureichen, da auf diese Weise eine schnellere Erledigung ermöglicht wird. Alle Anfragen müssen (zur Vermeidung von Rückfragen und dadurch entstehender Verzögerung) enthalten:

- a) Vor- und Zuname, Dienstgrad, Geburts-tage und -ort,
- b) Heimatadresse des Antragstellers,
- c) Truppenteil (Komp., Regt. oder dergl.) bei der Befangennahme,
- d) Tag der Befangennahme,
- e) Nummer des Entlassungsscheines,
- f) Name des Befangenenlagers.

Verwaltungsstelle Danzig (Bezirks-Kommando). Schmidt, Oberst 3. D. (6791)

# Wahl zur Stadtverordneten-Versammlung

## Auslegung der Wählerlisten.

Die Wählerlisten werden vom 15. bis 23. November d. Js. einseht, in der Zeit von 11 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm. zu jedermanns Einsicht ausgelegt und zwar in den nachbenannten Räumen:

- für die innere Stadt in der Turnhalle der Oberrealschule Sankt Petri, Kanalplatz.
- für Langfuhr in der Anabernschule Langfuhr, Bahnhofsstraße.
- für Neufährwasser und Weichselmünde in der Anabernschule, Saperstraße.
- für Schönbühl in der Anabernschule, Saperstraße.
- für Bröhen und Salpe im Strandhotel Böden, Auguststraße 1.
- für St. Albrecht bei dem Lehrer Herrn Schlöte, St. Albrecht 30.
- für Heubude, Krakau und Neufähr bei dem Standesbeamten Schikus, Heubude, Hortstraße Nr. 6.

Einsprüche gegen die Wählerlisten sind bis zum Ablauf der Auslegungsfrist in den vorgenannten Auslegungsräumen oder unmittelbar bei dem städt. Wahlamt, Löbfergasse 1-3, schriftlich oder zu Protokoll anzubringen.

Soweit die Richtigkeit der zur Begründung der Einsprüche vorgebrachten Behauptungen nicht offenkundig ist, sind die Beweismittel beizubringen.

Sämtlichen in die Wählerlisten aufgenommenen Personen wird eine Benachrichtigung unter Angabe des Stimmbezirks und der Listennummer, unter welcher sie eingetragen sind, zugesandt werden. Alle diejenigen, die eine solche Benachrichtigung erhalten haben, haben die Gewähr, daß sie in die Wählerliste aufgenommen worden sind.

Bei der Aufstellung der Wählerliste ist für die Zugehörigkeit zu den einzelnen Stimmbezirken die am 3. Oktober d. Js. in der Wohnung des Wahlberechtigten eingetretene Person maßgebend angenommen. Soweit inzwischen hierin Änderungen eingetreten sind, müssen diese im Wege des Einspruches geltend gemacht werden.

Für die Wahlberechtigung ist der Staatsministerial-Beschluß vom 20. Oktober d. Js. in Verbindung mit der Verordnung vom 24. Januar 1919 und dem Gesetz vom 15. Juli 1919 maßgebend, wonach alle im Besitz der Deutschen Reichsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, die am Wahltag, dem 14. Dezember 1919, das 20. Lebensjahr vollendet und seit mindestens 6 Monaten im Bezirk der Stadtgemeinde ihren Wohnsitz haben, wahlberechtigt sind.

Bei Kriegsteilnahme, insbesondere Kriegsgefangenen, die bei Einziehung zum Heeresdienst in Danzig wohnten und nach Rückkehr aus dem Krieg ihren Wohnsitz hier wieder genommen und bis zum Wahltag behalten haben, gilt die Voraussetzung des sechsmonatigen Wohnsitzes als erfüllt.

Eine Entziehung in die Wählerliste wird in diesen Fällen nur nach Ablauf der Auslegungsfrist vorgenommen. Wenn die Unmöglichkeit rechtzeitiger Geltendmachung glaubhaft gemacht und der Antrag mindestens eine Woche vor dem Wahltag gestellt wird, kann der Ausschuss des Wahlamtes eingeschlossen ist.

1. der Wahlberechtigte ist oder wurde unfähigt, seine Wahlberechtigung geltend zu machen.

2. der Wahlberechtigte einen rechtskräftigen Urteil der Wahlberechtigung erlangt hat.

Der Wahlberechtigte hat die Wahlberechtigung am 1. Oktober d. Js. im Besitz der Stadtgemeinde ihren Wohnsitz haben, wahlberechtigt sind.

Bei Kriegsteilnahme, insbesondere Kriegsgefangenen, die bei Einziehung zum Heeresdienst in Danzig wohnten und nach Rückkehr aus dem Krieg ihren Wohnsitz hier wieder genommen und bis zum Wahltag behalten haben, gilt die Voraussetzung des sechsmonatigen Wohnsitzes als erfüllt.

Eine Entziehung in die Wählerliste wird in diesen Fällen nur nach Ablauf der Auslegungsfrist vorgenommen. Wenn die Unmöglichkeit rechtzeitiger Geltendmachung glaubhaft gemacht und der Antrag mindestens eine Woche vor dem Wahltag gestellt wird, kann der Ausschuss des Wahlamtes eingeschlossen ist.

1. der Wahlberechtigte ist oder wurde unfähigt, seine Wahlberechtigung geltend zu machen.

2. der Wahlberechtigte einen rechtskräftigen Urteil der Wahlberechtigung erlangt hat.

# Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.  
Freitag, den 14. November 1919, abends 8 Uhr  
Dauerkarten C I.

**Der Troubadour**  
Oper in 4 Akten von Giuseppe Verdi.  
Sonntag, d. 15. November 1919, abends 8 1/2 Uhr  
Dauerkarten D I.  
Ermäßigte Preise.

**Romeo und Julia**  
Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.  
Sonntag, den 16. November 1919, nachm. 2 Uhr  
Ermäßigte Preise.

**Eiselt von der Pfalz**  
Luftspiel in 4 Akten von Rudolf Presdar und Leo Walther Stein.  
Abends 8 Uhr.  
Dauerkarten haben keine Gültigkeit.

**Norma**  
Große Oper in 3 Akten von B. Bellini.  
Montag, den 17. November 1919, abends 8 Uhr  
Dauerkarten E I.

**Zigeunerliebe**  
Romantische Operette in 3 Akten von Franz Lehár.  
Freitag, den 14. November 1919, abends 8 1/2 Uhr.

**Wilhelm-Theater**  
Besitzer: Kommissionsrat Hugo Meyer.  
Bahnleitung: Willy Kodmann.

Freitag, den 14. und Sonnabend, den 15. November, abends 6 1/2 Uhr.

**„Schwarzwaldmadel“**  
Operette in 3 Akten von Leon Jessel.

Vorverkauf täglich von 10-3 Uhr bei Bruno Kodlin, Langermarkt 23.  
Sonntag von 10-3 Uhr an der Theaterkasse.

Vorverkauf benutzen!

# Metropol-Lichtspiele

Dominikswall 12

Infolge vielfacher Anregung verlängert!

Das spannende, hochinteressante Abenteuer:

**Nur ein Haar!**

4 Akte mit Detektiv Max Lee.

Die Überraschungen steigern sich mit jedem Akt.

**Die da wandern und irren**

Schauspiel in 3 Akten mit Sonja Kornowska.

Das Schicksal einer Frau und Mann - Leidenschaft - Eifersucht - Spionagemacht und deren Folgen.

Lebenswahr, ergreifend, dramatisch. Probe am Samstag.

Sonntag vollständiges Programm!

# Zietemann & Krieg

Photographisches Atelier  
56 Vorstädtischer Graben 56  
Porträts :: Vergrößerungen :: Familien-Gruppen

(3777)

# Künstler-Spiele

## Danziger Hof

Eingang Dominikswall 6  
Dir.: Alex Braune Art.-Leit.: Alfred Müller

Junge Lars - Ines und Alex - Lore Meissner  
Karl Adler - Annie Wilkens-Schulhoff - Dr. Allos  
Lachpillerwolf - Ellen Rathe - Adolf Karnbach  
Konzertorchester-Leiter: Violin-Virtuose Stelle.  
Preise der Plätze: Terrasse und Orchestersessel  
A 7.50, Parkettsessel A 6.50, 1. Tischplatz  
A 5.-, 2. Tischplatz A 3.50. (5076)

Jeden Sonntag nachmittag 4 Uhr:  
**Musikalischer Tee**  
Gesangs- u. Tanaufführungen.

**Künstlerdiele**  
Eröffnung in den nächsten Tagen.

Nur beste, echte Celluloid:  
**Dauerwäse**  
Stehkragen, 3 1/2, 4, 5, 6 cm hoch, 7-9.50 Mark.  
Stehkragekragen, 4, 5, 6 „ 10.50-12.-  
Vorhemden und Manschetten je 9.50-12.-  
in allen Fassons und Weiten vorrätig. (4657)  
Seid. Bügelstrawatten 2.50-3.- per Stück.  
Dauerwäse-Ind. E. Galtar, Drehergasse Nr. 4.  
Verband nach auswärt. Reparatur. werb. ausgef.

# Karbid

Lampen, große Auswahl, ca. 1200 Stück am Lager, von 5.50 M. an, Brenner, Brennerköpfe, elektr. Taschenlampen, Batterien, Birnen, Feuerzeuge, Feuersteine, Benzol. Reparaturen an Fahrrädern, Nähmaschinen, u. Karbidlampen in eig. Reparaturwerkstatt, sachgemäß, schnell und billig.  
Danziger Fahrrad-Zentrale, Breitgasse 58. (6089)

# Zum Kundenbäcker

Cardamom, Muskatblüte, Nelken, Pfefferkuchengewürz, Hirschhornsalz u. Poitalche hält stets frisch vorrätig (6779)  
**Bruno Fasel,**  
Drogerie  
am Dominikanerplatz  
Junkerstraße 12  
an der Markthalle.

# Rettung

bei Rheuma, Gicht, Hexenschuß, Ischias, Gliedersteifheit, Nervenschmerzen und ähnlichen Leiden bringt sofort das ärztlich verordnete  
**Mesal**  
Fl. M. 2.75 allein echt durch:  
Adler-Apotheke, Ohr., (426-)  
Linschlag, Tischlerg. 88,  
Drog. O. Holzmair, Eaza-Markt 11  
A. Jahnke, Weidengasse.  
B. Fasel, Junkerstr. 12.  
Minerva-Drog., 1. D. v. 6.  
Drog. W. Gassner, Alt-Grd. 19-20  
Hansa-Drogerie, Poggenpuhl 1.  
Drog. A. Lindenberg, Kohleng. 2.  
K. Koch, 1. Damm 12.  
M. Schuler, Langenstr. 111.  
B. Schatz, Schichowg.  
ah Saylo, Fischmarkt 1-3  
Löwen-Drogerie, Paradiesg. 3.

# Radfahrer!

Mäntel, Schläuche aus prima Naturgummi, zu ganz bill. Preisen, allerbesten Auslandsgummi in verschiedenen Fabrikaten, große Auswahl.  
Reparaturen an Fahrrad., Nähmaschinen sofort in eigener Werkstatt. (6088)  
**Danziger Fahrrad-Zentrale, Breitgasse 58.**

# Bau- und Schlosserarbeiten

werden prompt und sauber ausgeführt  
**Bau- und Kunstschlosserei**  
Langgarten 62.  
Dabei sind 5 Müllkästen, ein kompletter Kokssofen und eiserne Bettstellen zu verkaufen. (6784)

# Steindruckerlehrling

findet gute Lehrstelle bei Carl Bäcker, Röpergasse 7. (4967)  
Zur Bedienung der Knopflochmaschine wird zum baldigen Eintritt ein junges Mädchen, welches perfekt Knopflocher nähen kann gesucht. Meldungen von 9-1 Uhr bei Rosenbergs & Rißler Schürzenfabrik  
Sundegasse Nr. 89. (†)

# Gedania-Theater

Schüsseidamm 53/55.

Nur bis einschl. Montag!  
Der größte Film des Jahres!

**Die Tochter der Prostituierten!**  
Gigantisches Sittendrama in 6 Akten von Harry Hallward.

Hauptdarsteller:  
Käte Richter Karl Beckersachs  
Mia Pankau Reinhold Schünzel  
Trude Hoffmann Emil Rameau  
Grete Weixler Dr. Czemplin  
Frau Jordan Bruno Eichgrün.

Dazu: Das bestgewählte Belprogramm!!!  
Ab Dienstag: (6790)  
Der Hund von Baskerville I. und II. Teil.

Es empfiehlt die Nachmittagsvorstellung zu besuchen.  
Beginn der letzten Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Preise der Plätze: Sperrsit 1.80 M., I. Platz 1.60 M., II. Platz 1.30 M., III. Platz 1.10 M.

# Zentralverband der Angestellten

Ortsgruppe Danzig, Bureau: Neugarten 30, Zimmer 143, geöffnet von 8-3 Uhr, Mittwochs und Sonntags abends von 8-12 und 3-6 Uhr.

# Mitgliederversammlung

am Dienstag, den 18. November 1919, abends 7 1/2 Uhr, im Saale des Werkspieleshauses.

Tagesordnung:  
1. Die Angehörigen im Freistaate Danzig.  
Ref. Redige Georg Pen.  
2. Geschäftliches.

Es liegt im Interesse aller Kolleginnen u. Kollegen zu erscheinen. Die eruchten vollständiges Protokoll.  
Der Vorstand,  
J. A. Wills Kurze.

# Verband der Sattler und Portefeuller

Ortsgruppe Danzig.  
Sonntag, den 16. November, vormittags 10 Uhr, findet im Saale 1. Damm Nr. 2 eine öffentliche Versammlung statt. - Nichterwähnte Mitglieder haben sich den Beschlüssen der Versammlung zu fügen. Nähere Angelegenheiten sind auf der Tagesordnung.  
Die Ortsverwaltung,  
Löwenthal.

Garantiert reiner  
**Leinölfirniss**  
und  
**Tischlerleim**  
Bruno Fasel,  
Drogerie am Dominikanerplatz, Junkergasse 12 an der Markthalle. (6077)

**Kleine Anzeigen**  
in der Volkswacht sind billig und erfolgreich

# Lichtbild-Theater

Panzenmarkt Nr. 2

Intime Lichtspiele  
Vom 14. bis 20. November  
2 neue, neue Filme.  
Die große

**Kultur-Tragödie**

**Die Menschen, die nennen es Liebe!**

6 spannende Akte  
von William Kern in der  
Fassung  
Manja Tzatschewa

**Das Gebot der Liebe!**

Schauspiel in 5 Akten mit  
**Eva May**  
Johannes Riemann.

3, 5, 7 1/2

# Volkswacht, Am Spendhaus 6.

**UT**  
Lichtspiele  
An Hauptstadt  
Telefon 1078  
Ab Freitag  
d. 14. November

**Vendetta**  
Elektrische  
Lichtspiele  
An Hauptstadt  
Telefon 1078  
Ab Freitag  
d. 14. November

**Volkstürsorge**  
Lichtspiele  
An Hauptstadt  
Telefon 1078  
Ab Freitag  
d. 14. November

# Trägerinnen

für innere Stadt  
nicht  
**Volkswacht**  
Am Spendhaus Nr. 6.

# Arbeitsamt der Stadt Danzig

Abt. für Frauenberufe  
2628 Langgassertor 2628  
empfiehlt  
Hand- und Maschinennäherinnen,  
Hausmädchen, Aufwärterinnen,  
Wasch- und Reinmachefrauen sowie  
Speicher- und Gelegenheits-  
arbeiterinnen.  
Kostenlose Vermittlung.  
Geöffnet täglich von 8-1 Uhr und für Dienstboten-  
vermittlung am Dienstag und Donnerstag von  
4-6 Uhr.  
Der Magistrat. (†)